



öffentlich

Betreff:

Stärkung der bestehenden Strukturen am Schlaatz

Einreicher: Fraktionen SPD, CDU/ANW

Erstellungsdatum 15.04.2009

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
06.05.2009	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, die 63.000 Euro, die im Zusammenhang mit dem Umzug des Flüchtlingswohnheims an die Alte Zauche in die Wohngebietsarbeit am Schlaatz gegeben werden sollen, auch für die Stärkung der bereits im Schlaatz tätigen Vereine zu verwenden.

Die Verantwortung für die Erarbeitung und Umsetzung der dazu notwendigen Konzeption für die Stadtteilarbeit sollte in enger Abstimmung mit der Stadt und dem Stadtteilrat durch die ansässigen Träger in Eigenverantwortung erfolgen. Über die Verwendung der Mittel ist jährlich Rechenschaft abzulegen.

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag		<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt		
<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:				
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Es gibt am Schlaatz eine über Jahre gewachsene Trägerlandschaft, die untereinander gut vernetzt ist. Hier findet die tägliche Arbeit vor Ort statt. Durch diese Arbeit wissen die Träger sehr genau, auf welche Problem- und Lebenslagen es am Schlaatz zu reagieren gilt. Daher ist weder eine zusätzliche Koordination durch einen Stadtteilmanager noch ein von Seiten der Stadt „von oben“ aufgesetztes Programm nötig.